Reiseziel Tschernobyl

Deutsche Politiker und Journalisten haben ein neues Reiseziel entdeckt: Tschernobyl. Jeder will dort gewesen sein, nach Möglichkeit vor allen anderen. Den Vogel schießt dabei die Bundesumweltministerin ab. Als Angela Merkel von einer einwöchigen Fahrt erfuhr, auf der ein halbes Hundert Zeitungs-, Magazin-, Radio- und Fernsehjournalisten in der Ukraine und Weißrußland den Folgen der Reaktorkatastrophe vor zehn Jahren nachspürten, charterte sie zwei Wochen vorher flugs einen Jet und lud eine handverlesene Gruppe Reporter ein, ihr in die gleiche Gegend zu folgen. Eine schlichte Werbefahrt für die deutsche Umweltministerin sei das gewesen, für die Menschen in den betroffenen Gebieten habe die Fahrt konkret gar nichts gebracht, erzählt einer ihrer Gastgeber. Und spricht damit genau das Kernproblem solcher Reisen an. Sie befriedigen letztendlich die Sensationslust hiesiger Massenmedien und ihrer Konsumenten. Das Elend der Betroffenen können sie jedoch nicht lindern. Denn dazu muß man erst einmal die Situation im Land genau kennen.

In der Ukraine fehlt es zum Beispiel zehn Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beinahe an allem: Die Wirtschaft liegt am Boden. In den letzten fünf Jahren sackte das reale Einkommen der Menschen auf ein Sechstel des Ausgangswertes, die Kaufkraft beträgt gerade noch zwanzig Prozent des Wertes von 1991. Im Prinzip ähnlich, nur noch schlimmer ist die Situation in Weißrußland, das von der Atomhavarie ähnlich schlimm gebeutelt wurde, wie das südliche Nachbarland. Dreißig Mark verdient der Durchschnittsbürger im Monat. Die achtzig Pfennig, die ein Liter sauberer, nicht kontaminierter Milch kostet, sind da schlicht unerschwinglich. Die Lebenserwartung sinkt rapide in beiden Staaten. Entwicklungsländer, gerade zwei Flugstunden von Deutschland entfernt.

Rund 12 Prozent ihres Staatshaushaltes geben beide Länder in dieser miserablen Situation Jahr für Jahr aus, um die Folgen der Reaktor-Havarie zu beseitigen oder einzudämmen. Noch immer warten Zehntausende auf die Umsiedlung, da sie auf verseuchten Böden leben, 400000 sind schon evakuiert worden. Sie brauchen neue Wohnungen, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser. Tschernobylis werden die Evakuierten von ihren neuen Nachbarn, den Alteingesessenen genannt. Und genießen einen ähnlichen Status wie Asylsuchende und Roma in Deutschland, wenn ihnen Wohnungen zugewiesen werden, auf die Einheimische seit zwanzig Jahren warten. So geschehen mit 9000 Wohnungen in Kiew unmittelbar nach der Havarie. Kein Wunder, wenn soziale Spannungen wachsen und die Folgen der Atomkatastrophe verstärken. Und wenn gleichzeitig die psychischen Probleme rasch zunehmen.

Vorsorgeuntersuchungen, Diagnosen, Behandlungen und Betreuung der gefährdeten Menschen aber kosten viel Geld. Schließlich gelten allein drei Millionen Ukrainer als Katastrophenopfer, in Belarus sehen die Verhältnisse kaum anders aus. Hilfen zur Bewältigung dieser gewaltigen Aufgaben aber fließen spärlich. Statt dessen holen Dutzende deutscher Hilfsorganisationen Kinder der Opfer für einen kurzen Ferienaufenthalt nach Deutschland. Häufig können sich Gastgeber und junge Gäste nicht einmal in einer gemeinsamen Sprache verständigen. Obendrein landen die Kinder aus der Ukraine und Weißrußlands in einer für sie völlig unverständlichen Luxuswelt, die ihnen zwar momentan Hilfe anbietet, sie aber nach wenigen Wochen wieder in ihr bisheriges Elend zurückschickt, beklagt Angelina Njagu die Situation. Sie beobachtet als Oberärztin an der Klinik des Wissenschaftszentrums für Strahlenmedizin in Kiew die psychosozialen Folgen der Reaktorhavarie.

Die engagierte Wissenschaftlerin wartet mit weiteren Zahlen auf, die einen kaum beachteten Aspekt der Katastrophe aufzeigen: Die Unsicherheit ihrer Situation läßt die Geburtenzahlen bei den Tschernobylis auf ein Sechstel des normalen Wertes absacken. Unter den mindestens sechshunderttausend Liquidatoren, die an den Aufräumarbeiten nach der Reaktorexplosion beteiligt waren, ist die Selbstmordrate vier bis fünf mal höher als im Landesdurchschnitt. Neben der Reaktorkatastrophe verursacht vor allem die miserable wirtschaftliche Lage diese Entwicklung.

Hilfe für sein Land erbittet daher Walerij Kuchar, der Berater des Präsidenten der Ukraine, vor der halben Hundertschaft deutscher Journalisten, die zwei Wochen nach Angela Merkel die Region bereisen. Wissen solle der Westen übermitteln, Ausrüstungen liefern, eine kontinuierliche Zusammenarbeit beginnen. Kurz: Westeuropa solle sich beim Wiederaufbau der Ukraine engagieren. Walerij Kuchar bezieht seinen Appell vor allem auf die Atomtechnologie. Seine Worte aber gelten gleichwohl für alle Bereiche der Wirtschaft. Kommt sie wieder auf die Beine, wäre den Betroffenen effektiver geholfen als durch viele anderen Aktionen. Genau dafür werben die Ukrainer und Weißrussen, wenn sie Journalisten und Politiker in ihre Länder einladen.

Roland Knauer